

ter die Sicherheit im Luftverkehr zu gewährleisten, wurden im Verlauf der letzten Jahre umfangreiche Bestimmungen über Flugtauglichkeit von Flugzeugen und Qualitätsstandards der Flugzeugmechanik, Flugsicherheitsstandards etc. von der CAAC vorgelegt. Zum 31. März 1996 ist weiterhin ein neues Gesetz über den zivilen Luftverkehr in Kraft getreten, das die Rechte und Pflichten der Luftfahrtgesellschaften festlegt.

Mit dem schnellen Wachstum der Luftfahrtgesellschaften haben sich auch die Probleme und Engpässe in der Luftfahrt verschärft. Hierzu zählen unzureichende Flughafenskapazitäten, ein hoher Pilotenbedarf sowie der Aufbau von Verteilernetzen. (Siehe hierzu Glatzer, Ulla (1996), "Chinas Luftverkehr im Höhenflug", in: *Ost-West-Contact*, Heft 1/1996, S. 37-39) -schü-

*(15)

Ausländische Investitionen im Energiesektor gefragt

Das chinesische Energieministerium plant, die Elektrizitätserzeugung bis zum Jahr 2000 auf 290 Mio. KW hochzufahren. Nach Angaben des chinesischen Energieministers Shi Dazhen sind dafür Mittel in der Höhe von 700 Mrd. Yuan notwendig. 20% dieser Summe sollen von ausländischen Investoren aufgebracht werden. Bis zum Jahr 1995 flossen bereits 12,2 Mrd. US\$ an ausländischen Mitteln in den Ausbau der chinesischen Elektrizitätswirtschaft (das sind 10% der gesamten Investitionssumme in diesem Bereich).

Das Energieministerium dementierte Berichte, nach denen die Höhe der internen Kapitalrendite für ausländisches Investitionskapital mit 15% festgelegt sein soll. Die Kapitalrendite werde individuell zwischen chinesischen und ausländischen Partnern ausgehandelt, so das Ministerium. Um den Schutz der Interessen ausländischer Investoren zu garantieren, arbeitet das Ministerium derzeit mit der Weltbank zusammen an einem gesetzlichen Rahmenwerk. (SCMP, 15.11.1996).

Das Modell für das Engagement ausländischer Investoren im Energiesektor könnte der Abschluß eines BOT-Projektes für die private Finanzierung eines Kraftwerks in der Provinz Guangxi sein. Das französische Versorgungsunternehmen Electricité de France und die GEC Alstom (Joint Venture-Unter-

nehmen aus dem britischen Unternehmen General Electric PLC und dem französischen Unternehmen Alcatel Alstom SA) haben den Zuschlag für das erste BOT-Projekt im Elektrizitätsbereich in China erhalten. Es handelt sich um das 700-MW-Elektrizitätswerk Laibin "B" in Guangxi. Die Kosten sollen sich auf rd. 600 Mio. US\$ belaufen und werden vollständig von den ausländischen Trägern übernommen; die Electricité de France ist mit 60% und die GEC Alstom mit 40% beteiligt. Nach 15 Jahren Laufzeit soll das Projekt an den chinesischen Staat übergehen. Die Provinzregierung Guangxi ist selbst verantwortlich für das Projekt; insbesondere für Zahlungen aus Elektrizitätsverkäufen sowie ausreichender Belieferung des Kraftwerks mit Brennstoffen. Zur Finanzierung wurden die Banque Indosuez, die HSBC und Barclays angesprochen.

Der Elektrizitätsbereich war bislang für ausländisches Kapital relativ uninteressant, da die chinesische Regierung die ausländischen Gewinne zu "minimieren" versuchte. Kapitalrückflüsse wurden limitiert, Wechselkursrisiken in der Regel nicht abgesichert. Trotzdem gibt es einige Joint Venture-Projekte in diesem Bereich. Die ausländischen Investoren begnügen sich in diesen Fällen mit niedrigeren Kapitalrückflüssen als in anderen Entwicklungsländern. Anstelle von Bankgarantien wurden von ausländischer Seite Bestätigungen der Provinzregierungen akzeptiert. Bis zum Jahr 2000 streben die chinesischen Entscheidungsträger eine jährliche Erzeugung von 15.000 MW Strom an. Die Investitionen werden sich auf ca. 83 Mrd. US\$ belaufen. (FT, 12.11. und 29.11.96; AWSJ, 13.11.96)

Nach Angaben des Vize-Präsidenten von Siemens in China, Dietrich Stahl, wird Chinas installierte Stromkapazität in der Periode des 9. Fünfjahresplanes (1996-2000) jährlich um 18.000 Megawatt zunehmen und von gegenwärtig 200 GW auf 300 GW im Jahr 2000 ansteigen. Es wird damit gerechnet, daß dieses Kapazitätswachstum zu ca. 80% von chinesischen Anlagen bereitgestellt werden kann, so daß noch ca. 20% der notwendigen Ausrüstungsinvestitionen aus dem Ausland kommen muß. Siemens strebt an, einen Marktanteil von 20% an den ausländischen Ausrüstungslieferungen zu erreichen.

Aufgrund der reichhaltigen Kohlereserven ziehe China den Bau von Kohlekraftwerken vor, so Stahl auf einer

Pressekonferenz in Beijing. An dem Bau von fünf Kohlekraftwerken sei Siemens bereits beteiligt. Diese Kraftwerke erbrächten eine Gesamtleistung von 5.000 MW. Bei dem Rizhao-Elektrizitätswerk in Ost-Shandong und dem Hangfeng-Elektrizitätswerk in Hebei sei das BOT-Modell angewendet worden. Nach Einschätzung von Stahl wird Chinas Markt für Gasturbinen und spezielle Kraftwerke vor allem in Süd-China rasch weiter wachsen. Z.Z. beteiligt sich Siemens dort am Ausbau des Guangzhou Pumped-Storage Power Plant. Dieses Kraftwerk soll das größte seiner Art weltweit werden. Darüber hinaus plant Siemens, 100 Mio. US\$ in die Dongfang Electric Corp. in Sichuan zu investieren, um in einem Joint Venture den Bau von Kraftwerken, Turbinen und Generatoren durchzuführen. (XNA, 31.10.1996) -schü-

Binnenwirtschaft

*(16)

Einzelhandelssektor im Wandel

Home-Shopping hält Einzug in China, allerdings zunächst noch überwiegend in den Städten. Hier eröffnen sich interessante Investitionsmöglichkeiten auch für ausländische Investoren. In den chinesischen Städten leben über 300 Mio. Menschen. Die Einkommen sind hier in den letzten 10 Jahren jährlich im Durchschnitt um 20% gewachsen und liegen bei ca. 1.000 US\$ im Jahr. Angesichts noch niedriger Mieten und Gesundheitskosten verbleiben genügend Mittel für Konsumzwecke.

Dieser Distributionskanal wird von ein paar "Infomercial Operators", die in der Regel mit chinesischen Partnern zusammenarbeiten, dominiert. Das australische Unternehmen TVSN bietet z.B. in einigen Fünf-Sterne-Hotels und "Expatriate-Gemeinden" ein 24 Stunden-Home-Shopping-Programm an. Verkauft wird alles von Haarshampoo bis zum Golfschläger.

Das Reservoir an Werbezeit ist enorm. Neben den acht nationalen Programmen der China Central Television gibt es noch unzählige lokale Kanäle, die genügend Raum für Werbespots bieten.

Diese Verkaufsform steckt allerdings noch in den Kinderschuhen, wobei einer schnellen Ausbreitung nicht die

Versorgung der städtischen Haushalte mit Fernsehgeräten im Weg steht, sondern die nur unzureichende Ausstattung mit Telefonanschlüssen und Personal-Computern (IHT, 19.11.1996).

Eine weitere Entwicklung im Einzelhandel ist die Förderung von Nachbarschaftsläden (convenience shops) und Supermärkten durch das chinesische Ministerium für Binnenhandel (Ministry of Internal Trade = MIT). Diese sollen in Konkurrenz zu ausländischen Einzelhandelsketten treten. Allerdings will das Ministerium nicht den Bau von Luxus-Kaufhäusern unterstützen.

Dem Ministerium zufolge konzentrierte sich das ausländische Kapital im Einzelhandel zu sehr auf den Bau von Luxuskaufhäusern und vernachlässigte dagegen grundlegende Bedürfnisse der Bevölkerung. Obwohl das durchschnittliche Einkommensniveau gestiegen sei, könnten sich jedoch nur wenige Luxusartikel leisten. Aus diesem Grunde machten auch Kaufhäuser mit ausländischer Kapitalbeteiligung Verluste. Laut MIT-Vizeminister He Jihai mangle es dem Einzelhandel nicht an Kapital, sondern an Management-Erfahrungen und After-Sales-Service. Dieses Know-how wird von der Kooperation mit ausländischen Unternehmen erwartet. Da sich der Einzelhandel aus Sicht des MIT "ungesund" entwickelte, müsse korrigierend eingegriffen werden. So soll das MIT ein Handelsketten-Pilotprojekt unter Mitwirkung ausländischer Investoren genehmigt haben, das den Vorstellungen eher entspricht. (SCMP, 11.1996)

Laut statistischen Angaben des Ministry of Internal Trade hat China über 9.000 Einzelhandelsketten, und die Tendenz ist weiter steigend. Da die Preise niedrig sind und die Angebotspalette breit ist, sind es vor allem Bevölkerungsteile mit relativ geringem Einkommen, die diese Läden frequentieren. Jedes Geschäft dieses Typus hat für gewöhnlich über 2.000 verschiedene Waren im Angebot, zumeist Gegenstände des täglichen Bedarfs. Es gibt aber auch Supermärkte, die zwischen 3.000 und 5.000 Produkte offerieren. Die meisten dieser Handelsketten sind in Neubaugebieten im Einzugsgebiet der Städte angesiedelt. Die Öffnungszeiten liegen bei 10 Stunden, teilweise sogar bei 24 Stunden. (XNA, 20.11.1996)

Immer mehr ausländische Handelsketten siedeln sich in Shanghai an. Bis zum August dieses Jahres waren es insge-

samt 40 mit einer gesamten Verkaufsfläche von 50.000 m². Die japanische Handelskette Yaohan war das erste Unternehmen, das nach Shanghai ging. Im Mai 1994 etablierten die Japaner den Bailian-Supermarkt in Shanghai. Inzwischen gehören zu dieser Kette 21 Läden. Bis zum Jahr 2005 sollen es 175 Läden werden. Andere führende Handelsgruppen wie die französische Carrefour oder Park and Shop aus Hongkong haben gleichfalls Joint Venture-Projekte mit chinesischen Partnern laufen. Jüngst hat die Metro AG ihren ersten Cash+Carry-Markt mit einem chinesischen Partner in Shanghai eröffnet. Weitere sollen in Ostchina folgen. 85% - 90% der Waren stammen aus chinesischer Produktion. (Metro-Nachricht, aus HB, 13.11.96; XNA, 17.11.96) -schü-

*(17)

Schließung umweltbelastender Unternehmen bringt hohe Verluste für Banken

Die Schließung von rd. 1.000 Unternehmen, die im Rahmen einer Umweltkampagne der Regierung im Herbst dieses Jahres ihre Produktion einstellen mußten, bringt hohe Verluste für die Banken mit sich.

Einem Bericht der China Environment News zufolge beläuft sich das Volumen der Kreditabschreibungen der staatlichen Agricultural Bank of China und der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaft auf zusammen 19,3 Mio. US\$. Die Kreditnehmer waren Papiermühlen am Huaihe-Fluß gewesen, die vom Staat wegen starker Umweltbelastung im September geschlossen worden waren. Hierzu zählten die von Gemeinden und Kleinstädten betriebenen Papiermühlen mit einem jährlichen Output von weniger als 5.000 t, die als umweltgefährdend behandelt wurden.

Dem Bericht der China Environment News nach seien die kleinen Papiermühlen finanziell nicht in der Lage, Ausrüstungen zur Kontrolle der Umweltbelastung zu beschaffen bzw. ihre Produktion umzurüsten. Von der Schließung kleiner Papiermühlen waren die Provinzen Henan, Anhui, Jiangsu und Shandong betroffen. Landesweit sollen weitere 70.000 Unternehmen in den ländlichen Gebieten durch den Beschluß des Umweltamtes von September von der Schließung bedroht sein. (SCMP, 4.11.96)

Bereits 1984 wurde der Ausbau kleinerer umweltbelastender Industriebetriebe von der Umweltschutzbehörde NEPA (National Environmental Protection Agency) untersagt. Alleingänge der lokalen Regierungen, die entgegen zentralstaatlichen Auflagen stark umweltbelastende Betriebe zuließen, haben zu einer Vielzahl von Problemen geführt, die sich vor allem entlang des Huaihe konzentrieren. Entlang des rd. 1.000 km langen Flusses entstand eine Kette von Industrieunternehmen, deren Abwässer ohne Klärung in den Fluß geleitet wurden. Am Fluß liegen 182 Städte und ein Achtel der Gesamtbevölkerung lebt hier. Weiterhin zählt die Region zu den wichtigsten Anbaugebieten von Getreide und Baumwolle, deren Produktion durch die Verschmutzung des Flusses mit Industrie- und Haushaltsabwässern beeinträchtigt wird. (NfA, 22.11.96; Schüller, M. (1996), "Das chinesische Wirtschaftswunder zwischen Ökonomie und Ökologie", in: *Geographische Rundschau*, Dezember 12/1996), S. 710-715) -schü-

*(18)

Shanghais Arbeitsmarkt unter Druck

Von offizieller Seite ist in Shanghai erstmalig zugegeben worden, daß die tatsächliche Arbeitslosenrate höher liegt als bislang angegeben. Nach Angaben der Shanghaier Stadtregierung liegt die Arbeitslosenrate bei 4%. Der Bürgermeister der Stadt Shanghai räumte jedoch ein, daß weitere 8% der Beschäftigten (die Gesamtbeschäftigtenzahl liegt zwischen 4,7 und 5 Mio. Menschen) in den Staatsunternehmen tatsächlich überschüssig seien. Inoffizielle Quellen schätzen die Arbeitslosigkeit noch weit höher, und zwar auf 20%.

Seit 1992 gibt es ein Umschulungsprogramm für Arbeitslose in Shanghai. 670.000 Personen sollen seitdem umgeschult und erfolgreich an neue Arbeitgeber vermittelt worden sein (SCMP, 1.11.96; AWSJ, 5.11.96).

Wie durch Eigeninitiative der Zustand der Arbeitslosigkeit überwunden werden kann, zeigt das Beispiel der 30jährigen Zhuang Hongwei. Zhuang und ihr Mann, beide beschäftigungslos, liehen sich von Bekannten und Verwandten 40.000 Yuan und gründeten ein Serviceunternehmen, das Essen ins Haus liefert. Anfangs wurden nur Nachbarn beliefert. Inzwischen haben Zhuang und ihr Mann 200 reguläre Kunden. Das

Geschäft ging so gut, daß bereits 60 Leute eingestellt werden konnten. Zu den bereits existierenden zwei Geschäften sollen drei weitere hinzukommen. Zhuang zufolge bietet der Service-Sektor im Haushaltsbereich, Wohnungsreinigung, Waschen, Kindereinhütung etc., noch zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose. Selbstinitiative sei hier gefragt.

Am Beispiel der 43jährigen Wang Mei läßt sich jedoch zeigen, daß nicht jeder Schritt in die Selbständigkeit von Erfolg gekrönt ist. Nachdem Wang 20 Jahre lang Busfahrkarten kontrolliert hatte, wurde sie vor kurzem entlassen und beschloß trotz fehlender Fahrpraxis einen Taxiführerschein zu machen. Nach der erfolgreichen Absolvierung eines dreimonatigen Kurses und einer Investition von 5.000 Yuan in ein Taxi startete sie in die neue Karriere. Jedoch anders als bei Zhuang und ihrem Mann übersteigt im Taxibereich das Angebot die Nachfrage, mit der Folge, daß Wangs Einkommen relativ niedrig ist.

Wang steht stellvertretend für viele Arbeitslose in Chinas Städten, die älter als 40 sind und nur noch schwer eine neue Arbeit finden können. Die meisten von ihnen haben lediglich eine Grundschulausbildung und in einer staatlichen Fabrik ihr bisheriges Arbeitsleben verbracht. Die entlassenen Arbeitskräfte, denen keine neue Beschäftigung zugeteilt wurde, erhalten im Durchschnitt ca. 200 Yuan pro Monat von ihrem ehemaligen Arbeitgeber und müssen sich selbst nach Jobmöglichkeiten umsehen. (*The Nation*, 14.10.1996) -schü-

Taiwan

*(19)

Südafrikas "Seitensprung": Anerkennung der VR China und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan angekündigt

Der Präsident von Südafrika, Nelson Mandela, gab am 28. November auf einer Pressekonferenz in Johannesburg eine Wende in der Chinapolitik seiner Regierung bekannt: die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan sollen am 31. Dezember 1997 abgebrochen und am 1. Januar 1998 die VR China anerkannt werden.

Seit Beendigung der Vorherrschaft der Weißen in Südafrika hatte es schon häufig Spekulationen über einen solchen "Seitensprung" des Landes gegeben angesichts der Tatsache, daß Beijing in der Vergangenheit Mandelas ANC (African National Congress) beim Befreiungskampf stark unterstützt hatte. Taiwan hingegen unterhielt während der Apartheidzeit freundschaftliche Beziehungen mit Pretoria, gewährt jedoch der neuen Regierung unter Mandela großzügige Wirtschaftshilfe zur Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen.

Wie berichtet (C.a. 1996/7, Ü 30 und 1996/8, Ü 28), versuchte Pretoria zunächst, beide chinesischen Regierungen anzuerkennen. Während Taipei unter dem Motto "pragmatische Diplomatie" bereit ist, eine Doppelerkennung Chinas, d.h. zwei chinesische Regierungen, zu akzeptieren, lehnt Beijing dies kategorisch ab. Am 25. und 26. März d.J. besuchte der südafrikanische Außenminister Alfred Nzo zunächst die VR China und dann vom 31. Juni bis 2. Juli Taiwan, um nach seinen Worten Fakten für die Orientierung der Chinapolitik seines Landes zu sammeln. Anschließend stattete Taipeis Vizeministerpräsident Xu Lide (Hsu Li-teh) vom 25. August bis 3. September einen zehntägigen offiziellen Besuch in Südafrika ab. In seiner Begleitung befand sich eine 50köpfige Delegation mit zahlreichen Vertretern staatlicher und privater Unternehmen. In zwei am 30. August geschlossenen Vereinbarungen hat Taiwan Südafrika jeweils 5 Mio.US\$ zur Förderung der Landwirtschaft und des Bildungswesens zugesagt. Darüber hinaus wurde ein Vorvertrag über ein Joint Venture in Höhe von 3 Mrd.US\$ für die Entwicklung der petrochemischen Industrie in Südafrika zwischen Unternehmen beider Seiten unterzeichnet. Taiwan wird auch ein Projekt zur Errichtung eines Industrieparks in Südafrikas Eastern Cape-Provinz prüfen. Gegenüber Xu versicherten Mandela und Nzo, daß Pretoria die diplomatischen Beziehungen mit Taiwan weiter unterhalten werde, obwohl es auch ein starkes Interesse an der Aufnahme offizieller Beziehungen zu Beijing habe. Auch gegenüber der Presse wiederholte der südafrikanische Präsident seinen Standpunkt, daß es für ihn "unmoralisch" sei, Beijings wegen die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan als einem alten Freund abzubrechen. So war Taiwan über die Ankün-

digung Südafrikas zum Abbruch der beiderseitigen Beziehungen ziemlich bestrzt.

Zur Begründung der Umorientierung der Chinapolitik seiner Regierung sagte Mandela, die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan habe man aus der Apartheidzeit übernommen und sie ständen mehr und mehr in Widerspruch zur internationalen Rolle Südafrikas in den Vereinten Nationen (UN) und in der Organisation für afrikanische Einheit (OAU). Die VR China sei ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UN und habe zunehmende Wirtschaftskraft mit einem jährlichen Wachstum von 10%. "Südafrika ist der größte Staat, der noch keine diplomatischen Beziehungen mit der VR China hat", führte der Präsident an. Offenbar wiegt auch für den Friedensnobelpreisträger die politische Realität letzten Endes schwerer als die Moral.

Z.Zt. sind es mit Südafrika noch 30 Staaten (davon 9 in Afrika), die mit Taiwan diplomatische Beziehungen unterhalten. Um einen Dominoeffekt des südafrikanischen "Seitensprungs" zu verhindern, soll Außenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) im Dezember nach Afrika reisen. Er will in erster Linie das von Südafrika umschlossene Königreich Swasiland besuchen und wohl auch versuchen, Pretoria zum Nachdenken über die Beziehungen zu Taiwan zu überreden. Ursprünglich war die Reise für Januar 1997 geplant. (LHB, CP, NZZ und FT, 28. und 29.11.96) -ni-

*(20)

De-facto-Anerkennung der Mongolei?

Der Vorsitzende des Komitees für mongolische und tibetische Angelegenheiten, Li Hougao (Lee Hou-kaio), hat am 16. November auf einer Pressekonferenz gesagt, die Äußere Mongolei gehöre nicht zum "inhärenten Territorium" der Republik China. Dies gilt als ein Anzeichen für einen veränderten Standpunkt der Politik Taipeis gegenüber der Mongolei.

Mit der Unterstützung Moskaus hatte die Äußere Mongolei 1921 die Unabhängigkeit von China erklärt. Zuerst wurde sie lange Zeit von der damaligen chinesischen Regierung nicht anerkannt, erst im sino-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom 14. August